

Die hessischen Regionen und die landesweite OloV-Strategie – Impulse für die Zukunft

Hessenkongress am 10. und 11. November 2014
im Büsing-Palais in Offenbach am Main



Forum 3 – Politische Verantwortung und regionale Kooperation

Expertin: Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit
der Stadt Kassel

Moderation: Monika von Brasch, INBAS GmbH

Zusammenfassung der Ergebnisse

Zu Beginn des Forums führten Monika von Brasch und Anne Janz in einem Zwiegespräch in die Thematik ein. Die Stadt Kassel ist eine OloV-Region der ersten Stunde, die regionale Koordination wurde 2008 als eine der ersten benannt. Vor 20 Jahren lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 20 %, aktuell sind es 10 %.

Die regionale Strategie der Stadt setzt auf kommunale Bildungsverantwortung, auch und gerade für Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Schulen ist ein wichtiger Faktor im Übergangsgeschehen. Die regionale OloV-Koordination liegt bei der Kommune. Das Jugendamt ist „Wächterin der Übergangsstruktur“, führt Fortbildungsprogramme durch und bündelt die Ziele aller Beteiligten.

Die OloV-Arbeit baute in Kassel von Anfang an auf vorhandenen Ansätzen auf, denn bereits vor Einführung der OloV-Strukturen im Jahr 2008 gab es konkrete Pläne für den Einsatz von Übergangsmangerinnen und -managern, die seit dem Schuljahr 2008/2009 an Kasseler Schulen eingesetzt sind und Jugendliche ab der 7. Klasse in Berufsorientierung und Berufswahl unterstützen.

In der Kommunalpolitik ist die OloV-Strategie nach Einschätzung von Frau Janz insgesamt noch nicht ausreichend bekannt und verankert. Vielen politisch Verantwortlichen sei unklar, „auf welcher Ebene OloV stattfindet, wer es umsetzt und wer dafür verantwortlich ist“. Daran müsse in den nächsten Jahren angesetzt werden, denn kommunales Engagement für den Übergang Schule – Beruf sei äußerst wichtig.

In der darauf folgenden Diskussion kristallisierten sich drei Kernthemen heraus:

1. OloV-Strukturen und Vermeidung von Parallelstrukturen
2. Regionale Zielvereinbarungen
3. Berufsorientierung, Matching und Vermittlung.

1. OloV-Strukturen und Vermeidung von Parallelstrukturen

Mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen das Thema „Parallelstrukturen“ an. Diese zu vermeiden, ist eine kontinuierliche Aufgabe, denn es tauchen ständig neue Angebote und neue Akteure auf, die im Übergang Schule – Beruf aktiv werden wollen. Zu viele Maßnahmen und Projekte schaffen jedoch Unübersichtlichkeit.



Gefördert von der Hessischen Landesregierung aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, des Hessischen Kultusministeriums und der Europäischen Union – Europäischer Sozialfonds

Die Regionalen Koordinationen und OloV-Steuerungsgruppen müssen darauf achten, dass neue Projekte und neu auftretende Akteure in die OloV-Netzwerke eingebunden werden. Regelmäßige, zielgerichtete Kommunikation über dieses Thema ist sicherzustellen.

Politische Verantwortung muss nicht nur regional, sondern auch auf Landesebene übernommen werden. Bei Bundesprogrammen achtet das Land Hessen darauf, dass sich diese möglichst gut mit den bestehenden Landesprogrammen verzahnen lassen.

Ein Teilnehmer stellte die Frage nach „hauptamtlichen regionalen OloV-Projektleitern“. Dazu sagte eine Vertreterin des Wirtschaftsministeriums, Erfahrungen aus früheren Programmen hätten gezeigt, dass zentrale, außerinstitutionelle Programmleitungen zu wenig Handlungslegitimation von den regionalen Institutionen erhielten. Daher habe man sich 2008 bei der Einführung der OloV-Strukturen dafür entschieden, die Regionalen Koordinationen aus dem Kreis der Ausbildungsmarkt-Akteure benennen zu lassen. Das sei die Garantie dafür, dass die entscheidenden Personen und Institutionen direkt in das Netzwerk Übergang Schule – Beruf eingebunden seien und dass regionale Ideen umgesetzt werden können.

2. Regionale Zielvereinbarungen

Die Aushandlung von regionalen Zielen ist mitunter herausfordernd, denn es sind viele Akteure beteiligt, welche die Interessen ihrer Institutionen vertreten und auch vertreten müssen. In einer regionalen Zielvereinbarung legen sich die Beteiligten auf gemeinsame Ziele fest. Diese sollten messbar sein, damit alle Ausbildungsmarkt-Akteure überprüfen können, wo die Region stehe. Gleichzeitig dürfen die Ziele nicht zu hoch gesteckt werden, damit sie erreichbar bleiben.

Dazu kommt noch die Herausforderung, dass zu verschiedenen Programmen Zielvereinbarungen geschlossen werden müssen – Regionen haben also mitunter mehrere Zielvereinbarungen zum gleichen Themenkreis, häufig mit einer Untergliederung der Zielgruppen. Diese Zielvereinbarungen müssen unter einen Hut gebracht werden, was gute Abstimmungsprozesse zwischen den Akteuren erfordert.

3. Berufsorientierung, Matching und Vermittlung

Gute Berufsorientierung ist noch nicht an allen Schulen ausreichend entwickelt. Als unabdingbare Grundlage für Matching und Vermittlung darf sie nicht vernachlässigt werden. Die Konzentration in der Arbeit der folgenden Jahre muss daher auf *beiden* Themenbereichen liegen.

Zum Schluss des Forums fasste Frau Janz zusammen: Die politische Verantwortung für den Übergang Schule – Beruf muss vor Ort übernommen werden, die Kommunen spielen dabei eine tragende Rolle. Nur mit regionaler Koordinierung und Kooperation wird es gelingen, Jugendarbeitslosigkeit abzubauen bzw. zu vermeiden.